

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Draufschrift: Tagesblatt wiesla.
Genuss Nr. 20.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Wiesa, des Finanzamts Wiesa und des Hauptamts Wiesa.

Postkonton: Dresden 1530
Zirkel Nr. 52.

Nr. 34.

Samstag, 9. Februar 1924, abends.

77. Jahr.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat Februar 1924 2 Mark 50 Pf. einschließlich Postgebühren. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraubende und tabellarische, Kap. 50%, Kufensatz, siehe Liste. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Anlieferungsart: Wiesa. Wichtige Anzeigen werden gegen Vorzahlung an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Wiesa. Geschäftsstelle: Gortelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Wiesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Wiesa.

Aktive Außenpolitik.

Der Zusammenbruch im November 1918 traf das deutsche Volk in einem Augenblicke, in dem ihm politische Schulung und politischer Blick nahezu vollständig mangelte. In die Hände des Volkes legte dann die Weimarer Verfassung alle Staatsgewalt, und damit auf die Schultern des Volkes eine Verantwortung in ungeheurer Ausdehnung. Ein anderes kam dazu: Der Einbruch eines kolosalen Wirtschaftskrisenjahres und innerpolitische Kämpfe, die von Tag zu Tag an Schärfe zunahm. Wie sollte da noch Zeit bleiben für eine Außenpolitik, die nach wirklich deutschen Belangen orientiert war? Und doch hätte die Erfahrung das deutsche Volk lehren müssen, daß gerade die Frage der Stellung Deutschlands zu den anderen Nationen umso mehr die strengste Linie der Weimarer Epoche verforderte und sich verriet, hatte in eine Politik der Stimmungen und Gefühle, welche vor dem klaren Ziel des französischen Staatsbündnisses ebensowenig hinstehen konnte wie vor der nächstern Berechnung des Briten. Als dann die an Hochverrat grenzende, von Klobien genährte Richtung schnell emporgestiegenen Politik die traurigen Erscheinungen der Nachkriegszeit vermehrte, hatte die Außenpolitik in Deutschland und auf der Welt unersähe allen Kurzwert verloren. Den schärfsten Stimmen der Partei gegenüber erhob sich der kategorische Befehl zum Schweigen mit der feststimmten Begründung: zu aktiver Außenpolitik ist keine Zeit.

Ein sonderbarer Satz in den Tagen, da Deutschland darauf angewiesen ist, seine Beziehungen zu allen Völkern neu zu regeln. Allerdings für die Art Politik, wie sie betrieben wurde, wäre besser kein Platz gewesen. Es war die Zeit der großen Worte und der mangelnden Tat, gekennzeichnet durch das immerwiederkehrende „Unannehmbar“ mit der prompt folgenden Annahme, die Zeit, die uns so viel an politischem Kredit verlorien ließ. Es war die Zeit einer rein gefühlsmäßigen Politik ohne tiefere Grundlagen in die Wirklichkeit, in die durch den Krieg völlig veränderte Lage. Und nachdem diese verhängnisvollen Tage überwunden waren, geriet Deutschland in das andere Extrem, ohne den klar orientierten Weg der Mitte zu finden, wobei nicht vergessen werden darf, daß die Begleiterscheinungen des parlamentarischen Systems jede Stetigkeit, die erste Voraussetzung ist, unmöglich machen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, drohen nun der deutschen Außenpolitik neue Klippen gerade in dem Augenblicke, da sie besonderer Festigkeit bedarf. Man könnte absehen von dem in den letzten Tagen mit höchstem Eifer geführten Vorfeldgeplänkel gegen den derzeitigen Außenminister, wenn nicht die inner- und parteipolitischen Belange wieder einmal Schaden anzufügen drohten, der von den nachhaltigen Wirkungen sein kann. Es ist deshalb an der Zeit, an das Volk selbst eine mahnende Warnung zu richten, daß es sich freimacht von der Interesselosigkeit in Fragen der äußeren Politik in der klaren Erkenntnis, daß es hier um Sein oder Nichtsein geht. Die neue Gefahr, die droht, liegt außerdem auf einem anderen Gebiete; der aufmerksam Beobachter kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß gerade in der jüngsten Zeit alle außenpolitischen Handlungen erfolgen unter peinlicher Berücksichtigung der innerpolitischen Wirkung, vor allem nach einer bestimmten Seite hin, in aus einem gewissen Agitationsbedürfnis heraus. Darunter leiden natürlich und notwendig jene Erwägungen, die in erster Linie ausschlaggebend sein müssen: Erwägungen der Opportunität und des wahrscheinlichen Erfolges. Was Deutschland vor tut, ist eine aktive Außenpolitik im besten Sinne des Wortes, die sich nur selten läßt von deutschen Belangen unter eingehender Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse.

Das schließt aus eine Außenpolitik, die glaubt sich nach der inneren, parteipolitischen Wirkung richten zu müssen, wie es in der jüngsten Zeit mehrfach der Fall gewesen ist. Das schließt auch aus eine Politik, die sich verläßt auf die Hilfe anderer, die heute von England, morgen von Amerika Hilfe erhofft, ohne zu bedenken, daß MacDonald ebenso englische Politik treibt wie Baldwin und Lloyd George, und daß Coolidge ebenso amerikanische Politik treibt wie Harding und Wilson. Eine so orientierte Außenpolitik verliert nie an Würde, auch dann nicht, wenn es sich um Fragen der Etikette handelt. Dann wird es notwendig sein, mehr noch als bisher, bei allen Handlungen der Außenpolitik die Neutralen nicht allzu sehr aus dem Auge zu verlieren und auch die Wirkungen abzuschätzen, welche in deren Ländern und bei deren Regierungen hervorgerufen werden. Das Interesse Deutschlands endlich erfordert, daß gerade die Außenpolitik freigehalten wird von jedem Bürokratismus. Jede Verknüpfung und Verhinderung auch im inneren Betriebe muß abfallen zum Nachteile einer Politik, die eigene, neue Wege zielehrig und zielbewußt geht in der klaren Erkenntnis, daß eine aktive Außenpolitik notwendig ist allerdings nicht in dem Sinne, als ob es nun Deutschlands Aufgabe sei, bei der sich immer deutlicher abhebenden Neuorientierung der Völker und Staaten nach der einen oder anderen Richtung zu stehen. Das richtige Ausmaß hierfür wird sich um so eher und um so leichter finden lassen von dem Gesichtspunkte aus, daß die brennenden Fragen zunächst und wohl noch für lange Zeit wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Natur sein werden, daß es sich um Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes, nicht um Parteiprogramme handelt. Dazu ist notwendig weniger der Harle als der rechte Mann, der klaren Blick mit Festigkeit dazu und bei Pflicht und Bismarck ebenso wie bei Poincaré in die Schule geht. Nicht um den schätzbaren Beifall des Augenblicks darf er arzen — auch Baul's Vater war ein

gefehrter Arzt, der im Urteil des Sohnes nicht bestand; bleibende Werte hat er zu schaffen, und dabei muß das ganze deutsche Volk sein Beggenosse sein.

Der Steuerkonflikt.

Der Finanzausschuss des Reichstags beschäftigte sich in seiner getriebenen Sitzung mit den Artikeln 3 und 4 der dritten Steuernotverordnung. Diese Artikel behandeln den **Waldentwertungsausgleich** und die **Bewertung von Reichs- und Landesvermögen** und Schulden für Steuern. Wie vorstern bei der Frage der Hypothekenaufwertung, so gelangte sich auch erstern bei der eigentlichen Steuerfrage eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und den Vertretern der Reichstagsparteien. Es wurden verschiedene Anträge gestellt, die das Problem auf eine ganz neue Grundlage stellen wollen. Die Grundgedanken der Regierungsvorlage fanden keine Zustimmung. In allen Parteien mehren sich jetzt die Stimmen, die eine **schwere Regierungskrise** befürchten, wenn die Regierung tatsächlich die vom Reichsfinanzminister Gumbinger gedehnte Absicht verwirklichen will, die Neuverteilung der Steuern mit der Hypothekenaufwertung auf dem Wege einer Notverordnung durchzusetzen. Die Fraktionsführer erklären einen Ausweg aus dem Konflikt nur darin, daß die Regierung ihre Vorlage bis nach dem Ablauf des Ermächtigungsgesetzes vertagt und dann ordnungsmäßig vom Reichstag beraten läßt.

Zur Steuernotverordnung
hat der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats, veranlaßt durch Mitglieder des Wirtschaftspolitischen und des Wohnungsausschusses ein Gutachten erlassen, das sich im wesentlichen gegen die Verordnung wendet. Es wird betont, durch die von der Regierung eingeschlagenen Wege würden große Unberechtigkeiten in gefahrliche Formen gegossen und sowohl in das Rechts- wie in das Wirtschaftsleben gefährliche Unklarheiten und lebhaften Mißtrauen gebracht. Die Verordnung sei eines der absonderlichsten Beispiele, da es als reines Steuerrecht in das Privatrecht eingreife und dieses in einigen seiner bisher als unantastbar gehaltenen Bestimmungen grundlegend ändere. Die Dezentralität habe von der Verordnung eine Lösung des Aufwertungsproblems erwartet und nicht bloß eine gefahrliche Maßnahme für die Zusammenziehung schärfster fiskalischer Ansprüche. Angesichts der getroffenen Lösung könne man jedoch zu der Auffassung kommen, daß es vielleicht besser gewesen wäre, von jeder Aufwertung abzusehen, denn von einer solchen könne bei zehn Prozent unter den vorhergehenden Zahlungs- und Zinslasten nicht mehr gesprochen werden, vielmehr von einer verheerenden Vermögenskonfiskation. Ganz unerträglich vom rechtlichen und moralischen Standpunkt sei die **Ausdehnung der Schuldverpflichtungen der Sparkassen und Lebensversicherungen** von der Aufwertung. Dadurch würden zwei Kategorien von Gläubigern geschaffen, und es würden gerade die kleinen und kleinsten Sparer, Stiftungen, Unterhaltungs- und Wohltätigkeitsstellen, die das Vermögen in mündelwürdigen Papieren angelegt hätten, am härtesten betroffen.

Arbeitsüberlastung des Finanzausschusses.
Der Finanzausschuss des Reichstags, dessen Tätigkeit sich nur noch bis zum 15. Februar, dem Ablauf des Ermächtigungsgesetzes, erstreckt, hat auf seinem Arbeitsplan außer der Steuernotverordnung noch **19 weitere Verordnungen**. Darunter befinden sich verschiedene Verordnungen sozialpolitischer Inhalts und eine Vorlage über die Schaffung eines besonderen Unternehmens „**Deutsche Reichsbahn**“. Die Mitglieder des Ausschusses halten es für zweifelhaft, daß dieser reiche Arbeitsstoff in der kurzen Zeit mit der nötigen Gründlichkeit erledigt werden kann.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie über die Steuernotverordnung.
Wie die Telegraphen-Union erzählt, hat der **Steuer- und Wirtschaftsausschuss des Reichsverbandes der „Deutschen Industrie“** in der Beratung der dritten Steuernotverordnung erhebliche Bedenken gegen die Auswirkung der Bestimmungen und die Belastung der Behörden mit neuen unproduktiven Arbeiten, erhoben. Er hat den Vorstand ersucht, mit aller Bestimmtheit dazu abzuwählen Stellung zu nehmen und bis dahin vor einer überhätigen Verabschiedung des Entwurfes dringend zu warnen.

Die Sachverständigen-Kommission zur Eisenbahnfrage.

Von maßgebender Seite erhält unser Berliner Vertreter die folgende Information: In der Besprechung des Reichsanwartspräsidenten Dr. Schacht am Freitag mit dem **Wirtschaftsausschuss der Sachverständigenkommission** ist vor allem auch die Frage der **deutschen Reichsbahn** erörtert worden. Es sind in den letzten Tagen langwierige Debatten über die Eisenbahnfrage im Reichskabinett unter Hinzuziehung von Sachverständigen geführt worden, die zum Ergebnis hatten, daß eine **Überantwortung der Reichsbahn an eine internationalisierte Verwaltung für die Reichsregierung nicht in Frage käme**. Nebenher wird die **Umwandlung der Reichsbahn in ein privatwirtschaftliches Unternehmen** mit eigenem Verwaltungsrat sich langsam vorziehen als anfänglich geplant war. Die Gründe hierfür sind vor allem in dem **Widerstreben mehrerer Länder, wie Württemberg, Sachsen und Thüringen**, dann aber auch in der Befürchtung zu suchen, daß dadurch ein Angriff der Entente auf die **Souveränität des Reiches** über die Reichsbahn zu Reparationszwecken nur erleichtert werden würde. Man weiß auch in Regierungskreisen, daß die gesamte Beamten- und Arbeiterkraft der Reichsbahn diesem Uebertrage mit größtem

Mißtrauen entgegensteht und möchte vorläufig, solange die Reparationsfrage gerade nach dieser Richtung hin nicht geklärt ist, einem offenen Konflikt mit den Organisationen der Arbeiter und Beamten möglichst aus dem Wege sehen. Es ist anzunehmen, daß das ganze Problem den Reichstag vor seiner Auflösung auf Veranlassung der Gewerkschaften noch ausgiebig beschäftigen wird.

General Laves bleibt Vorsitzender der 1. Sachverständigenkommission.

Berlin. In späterer Nachtstunde ist aus dem Bericht die Meldung eingegangen, daß an der New Yorker Börse das Gerücht umhört, **General Laves** habe den Vorsitz der 1. Sachverständigenkommission niedergelegt. Das WTB ist von dem Bruder des Generals, **Hr. Robert Laves**, auf telefonische Anfrage an der Erklärung ermächtigt, daß an diesem Gerücht kein wahres Wort ist.

Zumultigkeiten im bayerischen Landtag.

Demokratische Forderung gegen Herr von Kahr.
In München. In der gestern abendigen Sitzung des bayerischen Landtages richtete der demokratische Abg. Dr. Müller eine Rede, die einen besonders scharfen Angriff gegen die **bayerische Regierung** und **Generalstaatskommissar Kahr**, und erklärte dabei: Wenn die bayerische Volkspartei so schändliche Dinge wie die **Reinerei des Generalstaatskommissars** ohne weiteres best, könne keine Autorität im Lande bestehen. Mit der **Schuldhaft** wird der schändliche Mißbrauch getrieben. Es wird nicht eher in Bayern Ruhe werden, bis auch die **Alte gegen Kahr, Lössow und Söcher** erhoben sei. Die Stellung Kahr's sei unantastbar geworden. Deshalb wiederhole er den Ruf: Weg mit dem Generalstaatskommissar! Welche das nicht, so trage die Mehrheit und die Regierung die Schuld für das neue drohende Chaos in Bayern.
Im weiteren Verlaufe der Sitzung des bayerischen Landtages kam es zu scharfen Szenen. Dem Antrag dazu gab die **Forderung des Sozialdemokraten Sauer**, daß der **Justizminister über Oberhardt** Auskunft geben solle. Der **Justizminister Dr. Gartner** nahm hierauf das Wort und erklärte, daß bei einem bayerischen Gerichtshof bei einer bayerischen Behörde kein Verfahren anhängig sei. Der **Generalstaatskommissar** habe bekanntlich angeordnet, daß die **Polizeibehörden** vorerst den **Befehl des Generalstaatskommissars** in Bayern einzuhalten haben. Die **Justizverwaltung** hat damit also gar nichts zu tun. **Abg. Dr. Müller** (Demokrat) fragte dann, warum die **Beschuldigung des Prof. Dr. Rosenbühler** erfolgt sei. Da sich weder der **Minister des Innern** noch der **Justizminister** zum Wort meldete, erklärte **Abg. Müller**, daß die **Beschuldigung** wegen **Beleidigung der bayerischen Staatsämter** erfolgt sei, jedoch also Herr von Kahr die **Staatsämter** vorgezogen habe, um seine eigene **Verurteilung** zu vermeiden.

Es kam im Hinblick an diese Erklärung zu **großen Tumulten**, bei denen der **Präsident** trotz aller Maßnahmen zur Ruhe nicht durchdringen konnte. Dann nahm der **Minister des Innern Dr. Schwenker** das Wort zu der Mitteilung, daß sich das **Generalstaatsministerium** mit der Angelegenheit befaßt. Die **Debatte** war damit geschlossen. Der **Abg. Sauer** (bayerische Volkspartei) bewies, daß es zur **Abstimmung** kommen sollte, die **Beschuldigung** des Hauses und **entsetzte** damit auf den **Bänken der Linken** einen solchen **Entrüstungssturm**, daß der **Präsident** die Sitzung aufheben mußte.

In München. Der bayerische Landtag trat abends an einer neuen Sitzung zusammen, um die **Andersfrage** über die politische Debatte fortzusetzen. Es kam jedoch lediglich zu einer **Geschäftsordnungsdebatte**, die damit endete, daß sich das Haus als **beschlußunfähig** erwieß. Der **Präsident** bestimmte die nächste **Vollversammlung** auf **Donnerstag** an.

Lloyd Georges Verichtigungen.

London. Lloyd George befreit, daß er in einem **Interview** mit dem **Londoner Korrespondenten der New York World** Behauptungen über ein **zwischen Wilson und Clemenceau** seinerzeit abgeschlossenes **Geheimabkommen** aufgestellt habe. **Lloyd George** stellt ausdrücklich fest, daß es das **Interview**, von dem jetzt in allen Blättern die Rede ist, nicht gekannt hat. **Lloyd George** veröffentlichte weiter in der **Daily Chronicle** nachstehende Erklärung: Bei meiner **Rückkehr nach Paris** habe ich erfahren, daß **zwischen Wilson und Clemenceau** während meiner **Abwesenheit** ein **Abkommen** zu den **wesentlichen Punkten** abgeschlossen worden war. Der **erste dieser Punkte** bezog sich auf die **militärische Befestigung des Rheinlandes** und der **zweite** auf **Garantien**, die **Amerika** Frankreich im Falle eines **Angriffes der Deutschen** auf die **französische Grenze** geben sollte. Es ist geradezu lächerlich, dieses **Abkommen** als ein **Geheimabkommen** zwischen dem **Präsidenten Wilson** und **Clemenceau** hinzustellen. **Lloyd George** bedauert im übrigen, daß das **Foreign Office** eine **Kommunikation** zu der ihm **zugekauften Mitteilung** veröffentlicht habe. **Lloyd George** gibt jedoch zu, daß die im **Kommunikation** gemachten **Angaben** den **Tatsachen** entsprechen. Wenn er **bisher** auf den **Brief** des **Foreign Office** nicht geantwortet hat, so **komme es** daher, daß der **Brief** keine **Unterstützung** trug. Dieser **Brief** war, so fügte **Lloyd George** weiter hinzu, von gewissen **Dokumenten** begleitet, die die **französische Regierung** zu **öffentlichen** beabsichtigt. **Eines** davon war **betitelt**, **betr. die Ausführungsbedingungen** des **Vertrages**, der von dem **Präsidenten Wilson** und **Clemenceau** am **20. 4.** unterzeichnet wurde. Der **andere Vertrag** trug die **Aufschrift** „**Vertrag** mit **Frankreich** und den **Verinigten Staaten**“ wie er vom **Präsidenten Wilson** und **Clemenceau** am **20. 4.** angenommen wurde.